

OB-Wahl Frankfurt 2023: Fragebogen zum FR-Wahlhelfer

Themenfeld: Mobilität

These 1: Der öffentliche Raum soll umgebaut werden: zugunsten des Radverkehrs, Fußverkehrs und Nahverkehrs und zulasten des Autoverkehrs.

- Ja
- Nein
- Neutral

Frankfurt ist wie gemacht dafür, dass wir zu Fuß, mit dem Rollstuhl, per Fahrrad oder mit Bus und Bahn unsere Alltagswege bewältigen. Dafür brauchen wir eine gerechte Aufteilung der Straßenräume, Gehwege mit Platz für Kinderwagen und Rollstühle und ein gut ausgebautes Radwege- und ÖPNV-Netz, auch in die Region. Von Paris bis Wien gehen alle europäischen Großstädte diesen Weg zu gesunder, platzsparender, bezahlbarer städtischer Mobilität. Frankfurt gehört in diesen Kreis der europäischen Metropolen, die beim Klimaschutz vorangehen.

These 2: Der Frankfurter Flughafen soll wegen des Lärms weniger Flüge abwickeln.

- Ja
- Nein
- Neutral

Die dem Ausbau des Flughafens zugrunde liegenden Prognosen für die Steigerung der Flugbewegungen haben sich bisher nicht realisiert. Da Flugverkehr heute mit hohem Treibhausgasausstoß, Schadstoff- und Lärmemissionen verbunden ist, sollte jeder vermeidbare Flug auch vermieden werden. Ich will den Flughafen zu einer Drehscheibe verschiedener Verkehrsträger (Europäischer Verkehrshub) ausbauen. Dazu gehören insbesondere internationale und überregionale Bahn- und Busverbindungen. Innerdeutsche und Kurz- Flüge müssen überflüssig werden.

These 3: Frankfurt soll ein 365-Euro-Jahresticket im ÖPNV einführen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Menschen mit geringem Einkommen (Frankfurt-Passinhaber) fahren in Frankfurt bereits jetzt für zwischen Preise zwischen 9,30 € und 26,95 € im Monat mit dem ÖPNV. Mit dem bundesweit geltenden 49-Euro-Ticket kommen wir einen weiteren großen Schritt voran. Ich möchte, dass das 49-Euro-Ticket ebenfalls durch die Stadt für Menschen mit niedrigem Einkommen auf 25 € (also ca 300 € im Jahr) bezuschusst werden kann.

These 4: Der Ausbau der U4 zwischen Bockenheim und Ginnheim ist nötig und zwar mit einem direkten Anschluss des Unicampus Westend.

- Ja
- Nein
- Neutral

Eine gute Anbindung des Uni-Campus Westend ist sehr wichtig. Dort studieren und arbeiten mehr als 10 000 Menschen. Für die Zukunft der Universität ist es entscheidend, dass der Campus Westend und der Campus Riedberg direkt ohne Umwege verbunden werden. Dies darf nicht zu Lasten des Grüneburg-Parkes gehen. Derzeit werden Gutachten erstellt, die die ökologischen Auswirkungen untersuchen. Sollten diese positiv ausfallen, sollte diese Variante unbedingt gebaut werden.

Themenfeld: Wohnen

These 5: Die Stadt Frankfurt sollte große neue Wohnquartiere im Nordwesten des Stadtgebiets an der A5 entwickeln.

- Ja
- Nein
- Neutral

Angesichts des eklatanten Mangels an bezahlbarem Wohnraum brauchen wir auch neue nachhaltige Baugebiete. Die Innenentwicklung durch verträgliche Nachverdichtungen, Umwandlung überflüssiger Gewerbeflächen, Bekämpfung von Leerständen und den Erhalt des Gebäudebestandes muss vorrangig sein. Aber der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum lässt sich allein dadurch nicht decken. Die Alternative zu neuen Baugebieten mit gutem Nahverkehrsanschluss in Frankfurt ist eine weitere Zersiedlung des Umlandes mit Einfamilienhäusern, mehr Flächenverbrauch und mehr Autoverkehr. Neue Baugebiete in Frankfurt müssen so flächensparend und mit so wenig Eingriffen in die Natur wie möglich geplant werden. Hohe Energieeffizienz, Verzicht auf Autostellplätze und ein großer Anteil geförderten Wohnraums sind unabdingbar. Die komplizierte Diskussion um das neue Baugebiet an der A5 mit der Region sollte allerdings auch nicht dazu führen, dass schneller realisierbare Baugebiete wie Bonames Ost oder das Hilgenfeld weiter liegen bleiben.

These 6: Die städtische Wohnungsgesellschaft ABG sollte die Miete für Haushalte, die Anspruch auf eine Sozialwohnung hätten, stark senken.

- Ja
- Nein
- Neutral

Der ABG kommt eine besondere Verantwortung bei der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum zu. Die Stadt als Eigentümerin sollte durch Ausgleichszahlungen und den Erwerb neuer Sozialbindungen dafür sorgen, dass Haushalte mit geringem Einkommen eine günstige Miete haben.

These 7: Die Stadt sollte Familien beim Erwerb von Wohneigentum stärker unterstützen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Der Erwerb von Wohneigentum ist für einen Großteil der Haushalte in Frankfurt keine sinnvolle Option. Der klare Schwerpunkt der Wohnraumförderung muss bei der Schaffung von Mietwohnungen für Personen mit mittlerem und niedrigem Einkommen liegen.

These 8: Bauherren sollen verpflichtet werden, mehr geförderten Wohnraum als bisher zu bauen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Frankfurt braucht dringend mehr bezahlbaren Wohnraum. In den letzten Jahren sind eindeutig zu wenig geförderte Wohnungen entstanden, so dass eine Erhöhung der Quote auf 40% geboten ist. Eine solche Quote nützt aber wenig, wenn die notwendigen Bebauungspläne nicht aufgestellt werden. Hier ist zu wenig seit 2016 geschehen.

These 9: In Frankfurt sollten mehr neue Hochhäuser entstehen dürfen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Wegen der wirtschaftlichen Unsicherheit, gestiegener Bau- und Finanzierungskosten sowie durch Corona bedingte Veränderungen in der Arbeitswelt sind viele Hochhausprojekte ins Stocken geraten. Daher stellt sich die Frage nach mehr Hochhäusern zur Zeit nicht. Wenn sich die Rahmenbedingungen wieder ändern, sollte die Stadt sich auch mit Entwicklungsmöglichkeiten für neue Hochhäuser kritisch und ergebnisoffen auseinandersetzen.

Themenfeld: Kultur

These 10: Frankfurt soll die Städtischen Bühnen abreißen und unter Bewahrung des Wolkenfoyers in der Innenstadt neu bauen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Bei diesen Gebäuden mit besonderer Nutzung überwiegen die Argumente für den Neubau. Ein Neubau unter Bewahrung der denkmalgeschützten Bauteile bietet die Chance, die künstlerische Exzellenz der beiden Häuser zu bewahren und die Spielstätten als zeitgemäßen kulturellen Arbeitsort weiterzuentwickeln. Beide Häuser gehören in die Innenstadt.

These 11: Das English Theatre soll im Gallileo-Hochhaus bleiben.

- Ja
- Nein
- Neutral

Die Bedeutung des English Theatre geht weiter über Frankfurt hinaus. Diese Bühne ist für die internationale Community im ganzen Rhein-Main-Gebiet unverzichtbar.

These 12: Der Eintritt in städtische Museen für Kinder und Jugendliche bleibt kostenlos.

- Ja
- Nein
- Neutral

Der Weg ins Museum scheitert nicht nur am Eintritt. Sondern zum Beispiel daran, dass Lehrer*innen manchmal niemanden finden, der tagsüber Zeit hat, sie bei der Begleitung ihrer Klassen ins Museum zu unterstützen. Oder an der Schwellenangst vor einem Angebot, das man noch nicht kennt. Es sollten zusätzliche Angebote für unterrepräsentierte Zielgruppen gemacht werden, um diesen einen Zugang zur Welt unserer wunderbaren Museen zu eröffnen.

Themenfeld: Wirtschaft und Soziales

These 13: Die Stadt muss die IAA zurück nach Frankfurt holen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Als Oberbürgermeisterin werde ich Gespräche führen, wie die Marke Buchmesse in Frankfurt gehalten werden kann. Wenn die IAA Interesse hat, an ihren Heimatort zurückzukehren und mit der Stadt zusammen z.B. zu einem neuen Format als Mobilitätsmesse zu finden, dann werde ich das mit ganzer Kraft unterstützen.

These 14: Die Stadt sollte versuchen, bei Binding einzusteigen, um Arbeitsplätze zu retten.

- Ja
- Nein
- Neutral

Frankfurt ist ein wichtiger Biermarkt, die Entscheidung gegen den Braustandort Frankfurt überzeugt mich nicht. "Binding - gebraut im Herzen seiner Heimatstadt, und das seit 150 Jahren," so wirbt Radeberger heute für Binding-Bier. Dass die Radeberger-Gruppe bisher nicht gesprächsbereit zeigt, kann ich nicht nachvollziehen. Ich werde die Bemühungen auf Radeberger weiter Druck auszuüben, unterstützen. Die Kommunalisierung von Unternehmen ist kein Mittel, um unternehmerische Fehlentscheidungen privater Konzerne zu verhindern.

These 15: Tausende Haushalte wissen nicht, wie sie die Nebenkosten zahlen sollen. Ihnen muss die Stadt mit einem Energiefonds helfen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Um kurzfristig Härtefälle aufzufangen, ist ein Energiefonds zur Unterstützung bedürftiger Frankfurter:innen notwendig. Darüber hinaus werde ich aber das Erfolgsmodell der Energiesparberatung ausweiten. Denn die Nachfrage danach ist hoch und jede Beratung spart Geld in öffentlichen und privaten Haushalten und Treibhausgasen. Ich möchte die Beratungskapazitäten gemeinsam mit dem Jobcenter und der Caritas Frankfurt ausbauen. Und die großen Wohnungsunternehmen mit ins Boot holen, damit mehr Haushalte die Energiesparberatung in Anspruch nehmen können.

These 16: Die Mainova soll Haushalten, die in der Krise ihre Rechnung nicht zahlen können, nicht Strom oder Gas abstellen dürfen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Zahlungsausfälle wegen steigender Energierechnungen kann Mainova nicht alleine schultern. Sie kennt auch nicht die finanziellen Verhältnisse ihrer Kund:innen. Verschiedene Maßnahmen des Bundes helfen bereits bei der Verhinderung von Stromsperrungen, etwa die deutliche Anhebung des Wohngeldes. Gemeinsam mit der Mainova sollten wir sicherstellen, dass Haushalte, denen Energiesperren drohen, schnell an die Stellen vermittelt werden, die ihnen helfen, und dass in diesen Fällen Forderungen auch gestundet werden, bis die Hilfe auf dem Weg ist.

Themenfeld: Umwelt und Klima

These 17: Damit Frankfurt klimaneutral wird, soll die Mainova 2026 nicht von Kohle auf Gas umsteigen, sondern ganz auf erneuerbare Energiequellen setzen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Das ist das Ziel von Mainova.

These 18: Schotter- und Kieselflächen in Vorgärten sollen sofort verschwinden und durch Grün ersetzt werden.

- Ja
- Nein
- Neutral

Jeder Quadratmeter Grün hilft uns, die Lebensqualität in der Stadt bei steigenden Temperaturen zu schützen und das Wasser besser in der Stadt zu speichern.

These 19: Klimaaktivistinnen und -aktivisten, die sich auf die Straße kleben, müssen auch in Frankfurt eingesperrt werden.

- Ja
- Nein
- Neutral

Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört auch friedlicher, ziviler Ungehorsam. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass auch friedliche Sitzblockaden von der Versammlungsfreiheit grundsätzlich geschützt sein können. Ob ein Festkleben auf der Straße strafbar ist, wird von den Gerichten derzeit unterschiedlich beurteilt und hängt vom Einzelfall ab. Eine lange Präventivhaft, wie sie in Bayern möglich ist und gegen Klimaaktivist:innen im Voraus ohne Gerichtsurteil verhängt wurde, halte ich für unverhältnismäßig.

Themenfeld: Polizei und Sicherheit

These 20: Hausbesetzungen sollen schnell von der Polizei geräumt werden.

- Ja
- Nein
- Neutral

Über den Umgang mit besetzten Häusern entscheiden die Eigentümer und die Gerichte. Häufig finden Besetzungen statt, um auf langjährige Leerstände hinzuweisen. Diese sind in einer Stadt, in der viele händeringend nach Wohnraum oder Gewerbeflächen suchen und in der es gute Erfahrungen mit vereinbarten Zwischennutzungen gibt, ein Ärgernis. Wir sollten aber so wenig Konflikte wie möglich bei der Polizei abladen. Deshalb sind vermittelnde Gespräche und freiwillige Lösungen immer besser.

These 21: Im Bahnhofsviertel soll eine Waffenverbotszone eingerichtet werden.

- Ja
- Nein
- Neutral

Die vorgeschlagene Waffenverbotszone in der Nacht sollten wir ausprobieren, befristet und mit genauer Evaluation der Ergebnisse durch die Polizei: Wer wurde kontrolliert, mit welchen Ergebnissen, wie hat sich die Gewaltkriminalität entwickelt. Wenn die Waffenverbotszone keine Verbesserung erreicht, kann sie auch wieder aufgehoben werden.

These 22: Frankfurt braucht mehr polizeiliche Videoüberwachung.

- Ja
- Nein
- Neutral

Videoüberwachung kann nur ein Element in einem Gesamtkonzept für punktuelle Kriminalitätsschwerpunkte in der Stadt sein. Sie ersetzt nicht die Polizeipräsenz auf der Straße. Sie ersetzt auch nicht städtebauliche Verbesserungen wie mehr Licht und Sauberkeit an solchen Orten. Und sie bringt nichts in Fällen, in denen potenzielle Opfer sich dadurch noch unsicherer fühlen, wie die Rückmeldungen zu ihrem Einsatz gegen homophobe Gewalt im Bermuda-Dreieck zeigen. Um Verdrängung zu verhindern, muss sich ein solches Konzept über das eigentlich überwachte Gebiet hinaus erstrecken. Ich bin dafür, ein solches Gesamtkonzept dann dort zügig umzusetzen, wo man sich darauf verständigt hat. Wenn es erfolgreich ist, kann man auf die Überwachung wieder verzichten.

These 23: Die Stadtpolizei soll härter gegen Bettelnde und Straßenmusikant:innen in der Innenstadt vorgehen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Das Problem sind organisierte Strukturen, die Menschen zum Betteln zwingen. Der Druck, der auf diesen Gruppen lastet, führt zu aggressivem Verhalten, das Passant:innen als bedrohlich empfinden. Es ist auch schwer erträglich, dass Kinder für diese Form der organisierten Bettelei benutzt werden. Ähnlich wie bei der Zwangsprostitution wird man das Problem nur lösen können, indem man den bettelnden Menschen Ausstiegsmöglichkeiten eröffnet und gleichzeitig mit Härte gegen die Profiteure dieses Systems vorgeht. Die Stadtpolizei kann aber dabei helfen,

Bürger:innen dafür zu sensibilisieren, dass ihre Hilfsbereitschaft zur Finanzierung menschenverachtender krimineller Strukturen ausgenutzt wird. Und sie kann dem aggressiven Auftreten Grenzen setzen.

Themenfeld: Bildung und Schulen

These 24: Die Europäische Schule soll am Ratsweg gebaut werden, auch wenn dafür Kleingärten weichen müssen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Wichtig ist, dass hier umgehend eine Entscheidung getroffen und umgesetzt wird. Wir schreiben das Jahr 2023 und haben die Zusage gegenüber der EZB noch immer nicht eingelöst.

These 25: Frankfurt soll mehr Schulplätze auf Gymnasien und weniger auf Gesamtschulen schaffen.

- Ja
- Nein
- Neutral

Wir brauchen genügend gute Schulplätze, die Sanierung der bestehenden Schulgebäude muss deutlich beschleunigt werden. Die dafür bereitstehenden Investitionsmittel müssen schneller auf die Baustelle. Wichtig ist auch, dass die Beratung vor dem Schulübergang mit der Zielsetzung höherer Chancengerechtigkeit intensiviert wird. Die Schulstruktur-Diskussion sollten wir endlich hinter uns lassen.